

Zusammenarbeit von BfE und BGE mbH im Standortauswahlverfahren

Ziel des Standortauswahlverfahrens ist, in einem vertretbaren Zeitraum einen Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle mit bestmöglicher Sicherheit in tiefen geologischen Schichten in Deutschland zu finden. Um dieses anspruchsvolle Ziel zu erreichen, hat der Gesetzgeber einen komplexen Auswahlprozess festgelegt, der vor dem eigentlichen Genehmigungsverfahren nach § 9b Abs. 1a AtG eines Endlagers durchzuführen ist. Dieser Prozess soll gestuft und unter intensiver Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgen. Der Gesetzgeber hat vorgegeben, dass die Festlegung des Standortes für das Jahr 2031 angestrebt wird (§ 1 StandAG).

Die Erfahrungen in der Endlagerung aus der Vergangenheit waren Anlass einer Neuordnung der Aufgabenverteilung für die Durchführung der Standortauswahl. Das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) übt als Aufsichtsbehörde die ordnungsbehördliche Rechtsaufsicht aus, ist Trägerin der Öffentlichkeitsbeteiligung und informiert über das Verfahren. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE mbH) ist eine privatrechtlich organisierte GmbH im Besitz des Bundes, Vorhabenträgerin für die Standortsuche und informiert die Öffentlichkeit über die von ihr vorgenommenen Maßnahmen.

BfE und BGE mbH nehmen voneinander getrennte Rollen wahr. Sie verfolgen das gemeinsame Ziel der sicheren Entsorgung hochradioaktiver Abfälle.

BfE und BGE mbH verabreden dazu folgenden Arbeitsmodus:

- Zur laufenden Berichterstattung über den Verfahrensfortschritt und die Verfahrensplanung erstellt die BGE mbH Quartalsberichte für das BfE, welche eine Ausübung der Rechtsaufsicht ermöglichen.
- Wesentliche Entwicklungen werden dem BfE unabhängig von den Quartalsberichten regelmäßig mitgeteilt.
- Im Abstand von drei Monaten finden aufsichtliche Statusgespräche zwischen BfE und BGE mbH auf Leitungsebene statt, zu denen das BfE einlädt.
- Bei Bedarf finden Statusgespräche auf Arbeitsebene statt.
- Die BGE mbH legt dem BfE einmal jährlich die konkrete Zeitplanung bis zur Standortentscheidung vor.

Gemeinsames Ziel beider Akteure ist es, mögliche Probleme in der Verfahrensausführung frühzeitig zu erkennen, um sie vermeiden oder möglichst schnell korrigieren zu können.